

## **„Europa neu begründen“**

Die 2012 ins Leben gerufene Initiative „Europa neu begründen“ veröffentlichte am Dienstag unter der Überschrift „Griechenland nach der Wahl – Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa“ eine Erklärung. Zu den Erstunterzeichnern gehören Gewerkschaftsvorsitzende, Wissenschaftler und Politiker:

Der politische Erdbeben in Griechenland ist eine Chance nicht nur für dieses krisengeschüttelte Land, sondern auch dafür, die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EUU grundsätzlich zu überdenken und zu korrigieren.

Wir unterstreichen erneut die von Seiten der Gewerkschaft in den zurückliegenden Jahren vielfach geäußerte Kritik: Die entscheidenden Bedingungen, unter denen die finanziellen Hilfen für Griechenland gewährt werden, hatten von Anfang an nicht die Bezeichnung „Reform“ verdient. Die Milliarden, die nach Griechenland geflossen sind, wurden vor allem für die Stabilisierung des Finanzsektors verwendet. Gleichzeitig wurde das Land mit einer brutalen Kürzungspolitik in die tiefste Rezession und damit zugleich in die höchste Staatsverschuldung der gesamten EU getrieben. Die Folge ist eine soziale und humanitäre Krise ohne Beispiel in Europa: Ein Drittel der Bevölkerung lebt in Armut, soziale Absicherungen wurden massiv geschwächt, der Mindestlohn um 22 Prozent gesenkt, das Tarifvertragssystem und andere Schutzrechte für noch Beschäftigte demontiert, und ausgerechnet die unteren Einkommensgruppen wurden zusätzlich steuerlich belastet. Die Arbeitslosigkeit liegt jetzt bei 27 Prozent, unter Jugendlichen sogar bei über 50 Prozent. Viele Menschen fehlen ausreichende Mittel für Nahrung, Strom, Heizung und Wohnung. Ein großer Teil der Bevölkerung hat keine Krankenversicherung mehr und bekommt nur noch in Notfällen Zugang zu ärztlicher Versorgung. (...)

Mit Reformen, die an den tatsächlichen Problemen Griechenlands einsetzen, hat all dies nichts zu tun. Mit der neuen griechischen Regierung muss ernsthaft und ohne Erpressungsversuche verhandelt werden, um dem Land eine wirtschaftliche und soziale Perspektive jenseits der gescheiterten Austeritätspolitik zu eröffnen. (...)

Die vielfach beklagten, doch immer noch nicht überwundenen demokratischen Legitimationsdefizite auf europäischer Ebene dürfen nicht zusätzlich durch die Einschränkung der Demokratie in den Mitgliedsländern in den Mitgliedsländern zementiert werden. Vielmehr muss, wie viele von uns 2012 in dem Aufruf „Europa neu begründen“ hervorgehoben haben, die Demokratie auf EU-Ebene gestärkt werden, wenn dem europäischen Projekt neue Glaubwürdigkeit gegeben werden soll. (..)

Erstunterzeichner u.a.: Reiner Hoffmann (DGB), Frank Bsirske (ver.di), Robert Feiger (IG Bau), Alexander Kirchner (EVG), Michaela Rosenberger (NGG), Marlis Tepe (GEW), Michael Vassiliadis (IG BCE), Detlef Wetzel (IG Metall), Prof. Elmar Altvater, Annelie Buntenbach (DGB), Prof. Frank Deppe, Prof. Klaus Dörre, Thomas Händel (MdEP), Die Linke, Prof. Rudolf Hickel, Institut Solidarische Moderne, Dr. Steffen Lehndorff, Prof. Birgit Mahnkopf, Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD), Ralf Stegner (SPD), Dr. Axel Troost (MdB, Die Linke), Dr. Hans Jürgen Urban (IG Metall), Prof. Frieder Otto Wolf, Prof. Karl Georg Zinn

Vollständiger Text im Internet: [wp.europa-neu-begrunden.de](http://wp.europa-neu-begrunden.de)